

Dresdner Volkszeitung

Postfachloko: Dresden,
Laden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Banffoto:
Gehr. Arnhold, Dresden
und Südl. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Druckerlöhne mit den wöchentlichen Beiträgen "Bach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weltmarkt 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weltmarkt 10. Telefon 25 261.
Geschäftsstelle: Weltmarkt 10. Telefon 25 261.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Kolumnenzeile 150 Goldpf., die 30 mm breite Kolumnenzeile 180 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgeschäfte 40 Prog. Nachhalt. Für Briefzettellegung 10 Goldpf.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Urstadt und Dresden-Alstadt

Dresden, Sonnabend den 10. Mai 1924

35. Jahrg.

Nr. 109

Vor fünfundsiebzig Jahren

Den Toten der Dresdner Mai-Revolution

Mit Kranzniederlegungen wird morgen das Andenken besser geziert werden, die in den Maistagen 1849 gegen Absolutismus, Feudalismus, Autokratie und Volksunterdrückung auf den Dresdner Parrikoden fielen. Es wird sich auch diesmal zeigen, daß das honeste Bürgertum seine Toten längst vergeben hat, daß es einem kleinen Teil Demokratie und der großen Masse der Arbeiterschaft überlassen bleibt, die Toten einer bürgerlichen Revolution zu ehren. Denn bürgerlich war der Ausgang, bürgerlich waren die Führer dieses Aufstandes, bürgerlich die Ziele, gesetzt durch die Forderungen erwachten der Politik.

Die Wahlkämpfe bedeuteten die heroischen Zeiten eines gewaltigen verschärften bürgerlichen Klassenkampfes, dessen Sieg schon besiegelt war, noch ehe er auf den Parrikoden erfochten wurde. Eine Revolution, die von vorhersehbar verloren war, weil sie in ihrem Echo die ganze Unzulänglichkeit der deutschen Bourgeoisie und ihres hervortretende Interessengegenseitigkeit barg. Einig war diese Volksbewegung nur im ersten Anfang, einig in den Forderungen nach Demokratie, Verfassung, Wahlrecht, Steuerreformen, Reform der Gerichtsbarkeit. Monarchische Einlenkungsversuche kamen zu spät, wie immer in der Geschichte. In den Berliner Parrikodenklämpfen des 18. März lagte das Volk. Am 18. Mai trat die deutsche Nationalversammlung in die Paulskirche in Frankfurt a. M. zusammen, um der Revolution zu geben, was sie forderte: die deutsche Reichsverfassung. Und nun folgte der Tragödie die Komödie.

So wenig mit dem Geschwör in der Paulskirche herauskam, eins sahen die Reaktionäre aller Lager immerhin mit unverholener Freude: die Gegenseite und Widersprüche innerhalb des demokratischen Lagers. Die Großdeutschen standen gegen die Kleindeutschen, das Kleinbürgertum gegen das Großbürgertum, die erwachenden Teile des Proletariats gegen beide. Der revolutionäre Zunder verzweigte, die Reaktionäre nützten die Zerrissenheit und rückten Schritt um Schritt vor. Am 31. Oktober siegte das alte Regime in Wien, am 9. November wird die preußische Nationalversammlung auf Befehl des Königs nach Brandenburg verlegt, am 10. November entwarfene General Brangel die Berliner Bürgerei und als im März 1849 die Nationalversammlung endlich eine Verfassung geboren hatte, konnte sie der Preußentum nicht schaffen, die mit dem "Anderertritt der Revolution" behaftete Kaiserkrone abgleichen.

Der Dresdner Mainaufland galt der Einführung der Reichsverfassung. Er wurde mit preußischer Hilfe niedergeworfen, wie die republikanischen Aufstände in Süddeutschland, in der Pfalz, im Rheinland. Erledigt war die Periode der verfassunggebenden Nationalversammlung. Was von der Revolution zuzüglich war, waren Volksvertretungen, die nicht mehr allein berufen wurden, sondern aus Klassenselektionen herabgingen. Aber umsonst waren die Bürger, Studenten und Arbeiter nicht gefallen, umsonst die Fahne Schwarzrotgold nicht auf Parrikoden gehisst worden; umsonst verbarten die Führer der Revolution nicht in Buchenhäusern und Rosenkämmen. Der Verrat, den die Bourgeoisie an ihren eigenen Stürmern beging, wie die Klassenbewegung des Proletariats und zeigte ihm, daß die Interessengemeinschaft zwischen agrarischen und industrialem Kapital weiterging als die zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Revolution diente und pflegte den Adel, den Marx, Engels und Dassler befürworten und aus dem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung erwuchs. 1850 kam in Frankreich der Kampf der Volksmassen noch bis zur völligen Beseitigung der Monarchie und der feudalen Privilegien durchzuführen, doch an dem bürgerlichen Frankreich von 1830 bis 1848 erkannte die deutsche Bourgeoisie die Zeichen der Entwicklung und förderte, entweder durch Kleinstaaten, feudalistische Autonomie und Geschäftsfestigkeit, vor dem Siege zurück.

Hat sie dann profitiert? Bismarck schenkte ihr schließlich das Reichsparlament und hielt die Arbeiterbewegung mit den Bajonetten des preußischen deutschen Halbsabsolutismus nieder, um so prächtlicher jedoch war der Zusammenbruch, der auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges erfolgte. So weit dabei die Misserfolg des alten Deutschlands erwartet wurde, ist auch die Katastrophe des deutschen Bürgertums misschuldig. Es bedurfte erst dieses schaurigen Zusammenbruches, um Anerkennungen der Frei Revolution zu erfüllen: das allgemeine gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, die Republik. Schwarzrotgold ist die Reichsfarbe geworden und nach der Novemberrevolution brauchte kein Monarch den imaginären königlichen Helm, „aus Dred und Seiten gebadet“, um im Deutschen Reich IV. zu reden, „setzen und aufzuschlagen“. Niemand, der den deutschen Volksstaat in die 20. Jahrhundert unentdeckt, würde es tun. Niemand, der den deutschen Grundlage Deutschlands hält, wird sich mit all dem zufrieden geben. Wir haben eine Reichsverfassung, die die

freiesste der Welt ist, aber da sich das deutsche Bürgertum als eine der politisch unzulänglichsten Klassen in der Geschichte der letzten 2 Jahrhunderte erwies, sind die praktischen Ergebnisse dieser Verfassung auch danach. Auch heute wieder ist es nur ein geringer Teil des deutschen Bürgertums, ist es das Gros der demokratischen Arbeiterschaft, das die Reichsverfassung schätzt. Den proletarischen Kämpfern von 1848/49 genügte das Verfassungsmonstrum, das in der Paulskirche ausgeheckt worden war, nicht. Die Monarchie war die Erbteilung des Bürgertum und der Aristokratie Born, einer der fähigsten Führer des Aufstandes, schrieb damals: „Nichts widerstreut als eine Revolution für den Erbkläger machen zu wollen, einen König abwenden zu wollen, daß er eine Krone annimmt. Indem wir die preußische Verfassung unterstützen, wollen wir nicht zugleich den Erbkläger; wir unterstützen die Volksbeweitung und nichts andres.“ Doch so viel realpolitischen Sinn hatten die proletarischen Kämpfer damals schon, um den Sprung nach vorwärts zu erkennen. Sie standen für die Verfassung auf den Parrikoden, in der richtigen Erkenntnis, daß es sich hier für das Proletariat um die Verteidigung neuer politischer Kampfmittel, neuen Kampfvertrags handelt. Wie die sozialdemokratische Arbeiterschaft von heute realpolitische Tiefe genug hat, um die Bedeutung der Weimarer Verfassung zu erkennen, trotzdem damit unsre Blutentnahme noch längst nicht reisen.

Jedoch nicht das ist das schlimmste Zeichen unsres Bürgertums, daß ein großer Teil dieser im Grunde ge-

nommen so verschwommenen Massen das Weimarer Werk längst verloren und zurücktreiben möchte, sondern das Feindliche der Gegenwart bleibt, daß auch die bürgerliche Jugend von der politischen Knochenentzündung ihrer Klassen angefasst wurde bis oben hin. Eine Jugend ohne politischen Idealismus, der weit über die wirklichen oder vermeintlichen materiellen Interessen der eigenen Klassen hinausgeht, ist eine trübe, traurige Sache. Von dem kleinen Teile demokratischer und freideutscher Jugend abgesehen, will der Bourgeoisie Nachwuchs von heute nicht vorwärts, sondern zurück. Mit dem dumpfen Instinkt einer niedergehenden, ideallos gewordenen Klafe ist dieser Nachwuchs bestrebt, seine Privilegien und Positionen zu schützen gegen eine Bewegung, die die Bahn frei macht will für alle Kräfte im Volke, ohne Unterschied der Geburt, des Ranges oder Standes. Damit sind nicht alle Gründe, aber damit ist die tiefste, zusammenfassendste Erklärung für die reaktionäre Gesinnung unserer Bourgeoisie Jugend gegeben. Die Konsenschafter des Vormärz schossen Seite an Seite mit Arbeitern und Kleinbürgern auf die Feinde der Volksfreiheit. Heute brennen deutsche Studenten darauf, mit Gymnastik und Revolver auf sozialistische Arbeiter, Marxist, Pazifisten und alle Gegner des Gewesenen, Überlebten loszustreiten. Die Schändlungen des studentischen Mobs von Marburg, der Mord an Rathenau, die Bielefeld Schnürlide des hakenkreuzlerischen „Hochschulringes deutscher Art“ — es sind traurige Zeichen der reaktionären Demoralisierung Bourgeoisie Jugend. Kranke Nester an einem kranken Baume.

Unerhörte Korruption in der Dresdner Polizei

Die Dresdner Nachrichten wünschten gestern zu melden, drei Beamte der Landespolizei, die der Kommunistischen Partei angehören, seien wegen Waffenstahlung festgenommen worden. Dazu wurde von der Pressestelle des Polizeipräsidiums berichtigend mitgeteilt, es handle sich bei der Verhaftung nicht um kommunistische Beamte, und polizeiliche Gesichtspunkte schieden „bei der Tat gänzlich aus“.

Keine der beiden Meldungen ist richtig, beide sind falsch und die Angelegenheit, um die es sich handelt, bedeutet in der Geschichte der Dresdner Polizei einen unerhörten Skandal. Es sind seit Monaten schon Waffen verschoben worden, und zwar in die Hände rechtsstehender Organisationen. Die Waffenschließungen wurden verbürt unter den Augen von Offizieren der Polizei überparteilichen Polizei! Wie uns von gut informierter Seite mitgeteilt wird, müssen die Waffenschließungen bis in den März bis in die Ära des Ausnahmestatuates an derselben zurückreichen. Bissher wurden acht Beamte verhaftet, womit jedoch noch nicht alle Schuldigen hinter Schloß und Riegel sind. Als Hauptverantwortliche und -schuldige kommen Polizeioffiziere in Frage, deren Aufgabe es ist, aller 14 Tage die Waffenbestände zu kontrollieren. Waffen und Munition von beträchtlichen Quantitäten sind in der Richtung Mühlhausen und Leipzig verschoben worden. Die Offiziere haben entweder leichtfertig kontrolliert — was wohl deshalb nicht anzunehmen ist, weil sie von den Beständen dauernd Kenntnis haben müssen! — oder sie stecken mit unter der Decke der reaktionären Schließungen. In beiden Fällen ist es notwendig, daß die in Frage kommenden Offiziere endlich in Haft genommen werden. Am notwendigsten erscheint die Verhaftung des Oberwachtmeisters Ketschelwitz, des Hauptmanns Sachse, des Hauptmanns Bassett, des Sekretärs Schilde, denn es liegt Verdunkelungsgefahr vor.

Wir müssen unserer Verwunderung Ausdruck geben darüber, daß das Ministerium des Innern nicht bereits härtere Maßnahmen verfügt hat. Die Untersuchung steht seit 14 Tagen. Mehrere derer, die als Haupt- oder Mitverantwortliche in Frage kommen, befinden sich noch immer im Dienst. Da die Untersuchung liegt zum Teil mit in ihren Händen. Wenn sich die Regierung nicht den Vorwurf machen lassen will, daß sie den Fall nicht mit dem nötigen Ernst behandelt hat, so muß die Untersuchung endlich und sofort einem zuverlässigen Staatsanwalt übergeben werden.

Es handelt sich in der ganzen Angelegenheit sowohl um die Verschleierung von Staatsgut, wie um reaktionäre Umtriebe, verbürt von Beamten der „überparteilichen Polizei“, die noch immer unter der provisorischen Leitung des überparteilichen Leiters Dr. Buhger steht. Man stelle sich das Geschehen vor, wenn unter der Leitung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in der Ära einer rein sozialdemokratischen Regierung Waffenschließungen in die Hände der Sozialdemokratischen Partei (die sichmetrisch auf dem Boden der Republik

und der Verfassung stellt!) vorgelommen wären — oder gar wenn diese Waffen Kommunisten in die Hände gelöst wären! Die bürgerliche Presse hätte bereits ganze Spalten an die Affäre gewendet! In diesem Falle jedoch herrscht vorläufig noch Schweigen, abgesehen von den Dresdner Radikalen, die die Sache mit unerhörter Treffsicherkeit der S. P. D. aufzubringen suchen.

Die Öffentlichkeit muß von der Regierung verlangen, daß die Dresdner Polizei so rasch wie möglich reformiert und wieder zu einer zuverlässigen republikanischen Truppe gemacht wird, nachdem zu dem mehrfachen Verlust der „überparteilichen Polizei“ nunmehr diese unglaubliche Korruptionsaffäre kommt. Man bedenke, daß es Beamte gibt, die von der Angelegenheit einen Nutzen haben, aber nicht den Mut zur Anzeige aufzuhalten, weil sie Mahregelungen befürchtet und um ihre Stellung bangen müssten. Wie schlimm, wenn Beamte aus Existenzgründen nicht wagen, ihre Pflicht zu tun und rechtspolitische Verbrennen zur Anzeige zu bringen!

Das Pressebüro des Polizeipräsidenten, der die Untersuchungsergebnisse seit 14 Tagen kennen müsse, weiß gestern noch nichts von der volkstümlichen Seite des Skandals. Alles war harmlos — regt euch nicht auf, Kinder... Die Öffentlichkeit muß verlangen, daß die Dresdner Polizei wieder zu dem Instrument der öffentlichen Sicherheit, der Republik und der Verfassung gemacht wird, das sie vor dem Ausnahmezustand war. Gegenwärtig liegen noch immer Polizeibeamte draußen, denen weiter nichts nachgesagt werden kann, als daß sie entschiedene Republikaner sind: Major Amelich, Hauptmann Hoff, Hauptmann Reichel, Hauptmann Schmidbach, Oberst Schüninger, Polizeipräsident Menz, Oberkommissar Schmidt. Diese Beamten liegen draußen und beziehen ihren Gehalt, ohne der Öffentlichkeit irgendwelche Dienste leisten zu können! So will es die Weisheit der Koalitionsregierung — oder man sage uns endlich, wer die Verantwortung für diesen unerhörten Zustand hat. Bis heute haben wir auf unsre mehrfache Anfrage, was gegen diese Beamten denn eigentlich vorliegt, keine Antwort bekommen. Wir sehen dabei ganz davon ab, daß die Regierungskommissare, die früher im Polizeidienst beschäftigt waren, heute bei der Kreishauptmannschaft verhindert werden.

Als schlimmstes und traurigstes Resultat von reichlich zwei Monaten überparteilicher Polizei ergibt sich also die Parodie, daß reaktionäre Offiziere beschäftigt werden, unter deren Augen staatliche Waffen an rechtsradikale verfassungswidrige Organisationen verschoben werden, während erprobte republikanische Beamte, denen bis heute trotz eifrigem Bemühen der Gegenseite nichts Ungünstiges nachgewiesen werden konnte, auf der Straße liegen.

Wir fragen die sächsische Regierung an, wie lange sie diejenigen öffentlichen Skandale, der eine solche Blüte wie diese neueste getrieben hat, noch dulden will, und nehmen an, daß im Laufe des Tages darüber ein noch deutlicheres Wort gesprochen wird.